

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Zeile ober deren Raum 30 A,  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Kameraden! Pflegt und fördert unser Versammlungsleben!

Seit Ausbruch des Krieges ist an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß unsere Zahlstellenversammlungen und -zusammenkünfte möglichst regelmäßig abzuhalten sind. Das Vereins- und Versammlungsgesetz ist durch den Kriegszustand keineswegs aufgehoben; unsere Zahlstellenversammlungen und -zusammenkünfte sind nicht genehmigungspflichtig, sie können stattfinden. Unsere Gewerkschaftsbewegung behindert den Krieg in keiner Weise, sie stärkt hingegen ängstliche Gemüter, bewirkt gegenseitiges Vertrauen und stählt die Widerstandsfähigkeit, kurz, sie trägt in hohem Maße zur Stärkung des Landes bei. Alle Gewerkschaftstätigkeit hat aber ein möglichst reges Versammlungsleben zur Voraussetzung; ohne Versammlungsleben ist eine wirksame Gewerkschaftstätigkeit kaum zu entfalten. Darum müssen wir immer wieder unsere Zahlstellenvorstände anspornen, Zahlstellenversammlungen und -zusammenkünfte möglichst regelmäßig zu veranstalten, und alle Verbandsmitglieder müssen wir immer wieder in ihrem eigenen Interesse ermahnen, die Zahlstellenversammlungen und -zusammenkünfte regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Wenn auch die Kampfführung um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen während des Krieges zu ruhen hat, so ist damit doch keineswegs alle unbedingt notwendige Gewerkschaftstätigkeit erstorben. Die Erhaltung der gegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen hängt nach wie vor von möglichst reger Gewerkschaftstätigkeit ab; ja, in höherem Maße als in Friedenszeiten, wo der einzelne viel selbstbewußter aufzutreten vermag als unterm Kriegszustande. Erstirbt das Versammlungsleben, dann blühen gewöhnlich sehr bald Mißstände im Arbeitsverhältnis in großer Fülle, ohne daß sie immer bekannt würden. Möglichst regelmäßiges und reges Versammlungsleben ist also schon in dieser Hinsicht eine unbedingte Notwendigkeit, auch unterm Kriegszustande.

Wir haben uns in unsern Zahlstellenversammlungen und -zusammenkünften aber auch mit allen andern Berufsangelegenheiten zu beschäftigen und ihre Einwirkungen auf unsere wirtschaftliche Lage zu besprechen. Ein in dieser Hinsicht dankbares Gebiet ist die Bautätigkeit und ihre voraussichtliche oder mögliche Entwicklung in der nächsten Zukunft. Hierüber einige Klarheit zu schaffen, ist um so dringlicher, da man stellenweise versucht, die Arbeiterorganisationen in Bestrebungen einzuschirren, die eine Förderung der Arbeitsgelegenheit bezwecken. Soweit es möglich ist, die Bautätigkeit und damit die Arbeitsgelegenheit für das Baugewerbe zu fördern, sollen wir selbstverständlich solche Bestrebungen unterstützen. Allein es ist weder ratsam noch empfehlenswert, aussichtslosen Bestrebungen das Wort zu reden. Ueber die Grenze zwischen Erfolg versprechende und aussichtslose Bestrebungen auf diesem Gebiete können und werden die Meinungen oft recht weit auseinandergehen, darum empfiehlt sich die Klärung solcher Bestrebungen, wo sie aktuell werden, in Zahlstellenversammlungen und -zusammenkünften.

Die Reichsregierung hat, wie wir kürzlich bereits erwähnten, versprochen, die Bautätigkeit tunlichst zu fördern, um Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, und wir nahmen aus inneren Gründen an, daß sie auch alle ihr zur Verfügung stehenden Hebel ansetzen werde, ihrem guten Willen Nachdruck zu verschaffen. Ob und inwieweit sich diese Maßnahmen bemerkbar machen, läßt sich von hier aus natürlich

nicht kontrollieren; das ist eine Aufgabe unserer Zahlstellen. Ueber ihre einschlägigen Wahrnehmungen sollten sie nicht unterlassen, im „Zimmerer“ zu berichten, damit es möglich wird, sich durch die widersprechenden Nachrichten der bürgerlichen und Unternehmerpresse hindurchzufinden. Die „Tonindustrie-Zeitung“ z. B. schreibt über den Baumarkt im ersten Kriegsmonat (August):

„Der Ausbruch des Krieges erzwang zunächst einen fast allgemeinen Stillstand des deutschen Baumarktes. Auch nachdem die Mobilmachung vorüber war und die ersten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz für Deutschland günstig verliefen, hielt die Stockung noch etwas an. Bald aber regte es sich in den verschiedensten Gegenden des Reiches; die Bauarbeiten wurden wieder aufgenommen, besonders da die staatlichen, städtischen und andern Behörden unablässig bemüht waren, ausreichende Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Daß die Bauten für das Heer ununterbrochen gefördert wurden, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Auch im Osten erstarb, abgesehen vom Gebiete des Kriegsschauplatzes, nicht alle Baulust, doch bewegte sie sich in mäßigen Grenzen; in Bromberg, Beuthen und Marienburg erstanden einige private Neubauten. In Nord- und Mitteldeutschland, wo die Beschäftigung des Baugewerbes bereits in den letzten Monaten vor dem Kriege sehr viel zu wünschen übrig ließ, trat zunächst eine weitere Verschlechterung ein, da an den meisten Orten neben dem Fehlen ausreichender Arbeitskräfte, infolge der Einberufung, sich durch die Unterbrechung der Beförderungsmöglichkeit Mangel an Baustoffen einstellte. Nach Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs und nach Anpassung des Wirtschaftslebens an die Kriegsverhältnisse wurden die unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen und, so gut es ging, zu Ende geführt. Das gilt vom südwestlichen Schleswig-Holstein, von Mecklenburg und den Hansestädten. In Bremen, Stettin, Frankfurt a. d. O., Nordhausen, Holzwinden und Hannover wurden die in Ausführung begriffenen öffentlichen und privaten Bauten fertiggestellt. In Berlin hatte die Heeresverwaltung verschiedene Bauten auszuführen; auch wurden, wie in Leipzig, umfangreiche Notstandsarbeiten von den städtischen Behörden in Angriff genommen. In Süddeutschland gaben die Regierungen der Bundesstaaten neue Anregungen, um der drohenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern. Besser gestaltete sich die Lage in Westdeutschland, wenn auch an einigen Plätzen fast vollkommener Stillstand herrschte. So war der Verkehr auf dem deutschen Baumarke während der ersten Kriegsmonate immerhin noch ziemlich lebhaft, wenn auch natürlich der Einfluß des Kriegszustandes auf das gewerbliche Leben nicht ohne Wirkung blieb. Da es aber der Reichsregierung gelungen ist, eine geordnete Geldwirtschaft aufrechtzuerhalten, so steht zu hoffen, daß auch fernerhin eine den Verhältnissen sich anpassende, geregelte Volkswirtschaft das deutsche Wirtschaftsleben beherrschen wird.“

Hingegen läßt sich der hannoversche Schutzverband der Ziegelverkaufsgesellschaften, dem die Vereinigungen in Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Lehrte, Göttingen, Stadthagen, Minden i. Westf. und Stendal angehören, in der bürgerlichen Presse wie folgt vernehmen:

„Die Privatbautätigkeit hat fast ganz aufgehört; selbst die angefangenen, bereits erheblich geförderten Bauten liegen still, nicht etwa wegen Arbeitermangels, sondern weil den Unternehmern seitens ihrer Banken und sonstigen Geldhergeber die Weiterzahlung der Bauschulden entweder außerordentlich erschwert oder gar überhaupt verweigert wird. In richtiger Würdigung der hierdurch in baugewerblichen Kreisen entstehenden schweren Schädigungen soll versucht werden, in den Bankkreisen für eine mildere Auffassung der Sachlage zu sorgen und sich hierzu die Mithilfe der Handelskammern zu erbitten. Ferner wurde unter besonderem Hinweis auf die jetzt schon bemerkbare und mit der Zeit noch mehr fühlbar werdende Arbeitslosigkeit der Beschluß gefaßt, in Gemeinschaft mit den zur Vertretung und zur Wahrung der Interessen des Baugewerbes berufenen Körperschaften und Vereinigungen bei den zuständigen Behörden zur schleunigen Aufnahme von Bauarbeiten vorstellig zu werden. Die baldige Ausführung von not-



wendigen öffentlichen Bauten würde einer im andern Falle bald überhandnehmenden Arbeitslosigkeit wohlthuend entgegenwirken. Die Baugeschäfte, Handwerker und Lieferanten erhalten wieder Aufträge, die es ihnen ermöglichen, sich über die schweren Zeiten hinwegzuhelfen, bis nach einem für Deutschland glücklichen Ausgang dieses gewaltigen Krieges, wie er allseitig zuversichtlich erhofft wird, Handel, Industrie und Gewerbe wieder aufblühen. In der Zwischenzeit aber Arbeitsgelegenheit und erträgliche Zustände schaffen, ist eine ehrenvolle Aufgabe der Behörden, die sich mit der Durchführung der hierzu erforderlichen Maßnahmen unschätzbare Verdienste um das Gemeinwohl erwerben. Schnelle Hilfe in der angeedeuteten Richtung tut not, wenn schwere Schädigungen im täglichen Erwerbsleben vermieden werden sollen."

Die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“ schwimmt ganz in Butter; sie will sogar in regelmäßigen Zusammenkünften und Besprechungen auf das Wiederaufblühen des Gewerbes vorbereiten.

Das sind beträchtliche Widersprüche, und wir könnten sie leicht vermehren durch Abdruck weiterer Presseäußerungen. Die vorstehend angeedeuteten dürften jedoch genügen, um ein Bild von der höchst unklaren Situation zu gewinnen. Eins dürfte sich jedoch daraus ergeben, nämlich, daß die Reichsregierung tatsächlich eingreift, um die Bautätigkeit und Verdienstmöglichkeit zu mehren. Allerdings wird diese Wirksamkeit nicht weit genug reichen; es werden noch recht viele Kommunen in der Lage sein, die Bautätigkeit zu fördern, und wenn hier von den Arbeitgeberorganisationen und Arbeiterverbänden gemeinsam nachgeholfen werden kann, so sollte es geschehen; denn die Kommunen haben gar keinen stichhaltigen Grund, in dieser Hinsicht lässig zu sein; soweit sich übersehen läßt, gewähren die Bundesstaaten ihren Kommunen zinsfreie Darlehen zu dem Zweck, die kommunale Bautätigkeit zu fördern.

Anders liegen die Dinge, wo Bestrebungen dahin gehen, mit öffentlichen Mitteln die Privatbautätigkeit zu fördern. Die Privatbautätigkeit in den Städten ist meist Bauspekulation; der Bestellbau spielt daneben nur eine bescheidene Rolle. Bestrebungen, der Bauspekulation Kredite aus öffentlichen Mitteln zu bewilligen, werden aber aussichtslos sein und bleiben; die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen werden dafür zu haben sein. Und das ist erklärlich.

Die Finanzierung der Bauspekulation hat seit Jahren ungesunde Formen angenommen, so daß sie zu der schweren Krisis geführt hat, die lange vor Ausbruch des Krieges akut war. Durch Gewährung von öffentlichen Mitteln läßt sich die Bauspekulation nicht sanieren. Man darf sich deshalb nicht irremachen lassen, wenn Bauspekulanten die Gewährung von Krediten mit dem Vorgeben fordern, sie wollten damit die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Solche Bestrebungen sollte jede Arbeiterorganisation durchschauen und nicht unterstützen. Die Triebkraft zur Förderung der Bautätigkeit darf nicht auf Kapitalprofit abzielen, wenn sie von Arbeiterorganisationen unterstützt werden will, sondern ihr Bestreben muß sein die Erhaltung der Volksmasse!

Wo die Förderung der Bautätigkeit verlangt wird zu dem Zweck, der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter zu begegnen, da sollte man meinen, daß der Forderung, die Arbeitszeit zu beschränken, damit möglichst viele Arbeiter beschäftigt werden können oder die Arbeitsgelegenheit auf eine längere Zeit hinreicht, nichts im Wege stehe. Trotzdem gibt es Arbeitgeberverbände, die damit nicht einverstanden sind. Das ist sehr bedauerlich, aber auch recht auffällig, um so mehr, da die Gründe, welche für die Ablehnung angeführt werden, daß nämlich mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Belastung der Baugeschäfte verknüpft sei, indem die Kosten der Krankenversicherung, der Invaliden- usw. Versicherung und ein großer Teil der Geschäftskosten erheblich gesteigert würden, als stichhaltig nicht gelten können. Jedenfalls darf der Widerstand einiger Arbeitgeberverbände uns nicht hindern, an der Forderung, die Arbeitszeit möglichst zu beschränken, festzuhalten.

Immerhin ergibt sich aus alledem die Tatsache, daß nicht damit gerechnet werden kann, daß unterm Kriegszustande die Arbeitslosigkeit aufhört; sie wird, wenn auch von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit verschieden, im Baugewerbe immer einen großen Umfang haben. Und deshalb sollte von den Arbeiterorganisationen das Hauptgewicht auf Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen und kommunalen Mitteln gelegt werden. Die Arbeitgeberorganisationen würden die Echtheit ihrer Arbeiterfreundlichkeit am sichersten dokumentieren, wenn sie allerwärts diese wirksamste Bekämpfung der Arbeitslosennot kräftigst unterstützen.

## Seid nicht leichtgläubig.

Th. Berlin, 4. Oktober.

Wer gehofft hätte, die vollendete Kopflosigkeit, die sich in den ersten Tagen des Krieges gelegentlich der Spioneriecherei und der Autostürmerei bemerkbar machte, werde sich bald legen und einer nüchternen, dem schrecklichen Ernst der Lage entsprechenden Prüfung aller auftauchenden Gerüchte Platz machen, sieht sich enttäuscht. Die Unfähigkeit, kritisch zu denken, ist heute noch wie vor zwei Monaten allgemein verbreitet. Sind es nicht mehr Spione und Kraftwagen, so sind es Nachrichten von den Kriegsschauplätzen, die einer ungezügelter Phantasie Anlaß geben, ihre Blasen treiben zu lassen. Und je ungereimter, je unmöglicher eine aus blauer Luft gegriffene Behauptung ist, desto sicherer ist, daß sie viele Gläubige findet.

Nach einem deutschen Sprichworte ist es ein Trost, im Elend Leidensgefährten zu haben. Ich halte es darin lieber mit den alten Römern, welche sagten, es sei ein elender Trost, Leidensgefährten zu haben. Diesen elenden Trost dürfen wir Deutschen allerdings genießen. Denn mit der Leichtgläubigkeit gegenüber Kriegsnachrichten sieht es in den andern Ländern genau so trostlos aus wie bei uns. Ein russischer Heerführer gab durch geheime Order seinen Generälen bekannt, die Deutschen führten Büchsen mit Cholerabazillen bei sich, die im Kochschen Institut zu Berlin hergestellt worden seien und mit denen sie die Brunnen vergifteten, so daß Brunnenwasser nur mit größter Vorsicht von den russischen Truppen verwendet werden dürfe. Den russischen Generälen wurde durch den Geheimbefehl zur Pflicht gemacht, entsprechende Vorschriften für ihre Heeresabteilungen zu erlassen. Wie gern möchte man angesichts solcher blöden Leichtgläubigkeit lachen. Aber die Heiterkeit muß uns vergehen, wenn wir uns erinnern, daß in den ersten Kriegstagen auch durch die deutsche Presse, die damals bereits unter militärisch-polizeilicher Zensur stand, die natürlich „aus sicherer Quelle“ stammende Nachricht die Kunde machte, französische Spione hätten im Elsaß die Brunnen durch Cholerabazillen vergiftet. Und so sichere Gläubige fand diese tolle Mär, daß mir ein feingekleideter Herr, der mir auf der Plattform eines Straßenbahnwagens diese neueste Schandtat der Franzosen eifertig bekanntgegeben hatte, sehr ungemütlich werden wollte, als ich ihm kurz erwiderte, das sei ja unsinniger Quatsch, und ich müsse mich wundern,

daß ein gebildeter Mann so etwas glaube. Jetzt höhnt man über den russischen Marschall, der gleichfalls damals das Choleramärchen geglaubt hat.

Aber es ist schon so: Wenn im Auslande über die Deutschen eine Niederträchtigkeit verbreitet wird, dann entrüsten wir uns, daß man uns solcher Schandtaten für fähig hält. Wir dagegen nehmen für uns das Recht in Anspruch, den Feinden alle Scheusaligkeiten zutrauen zu dürfen. Wie oft konnte man in den letzten Wochen hören, es sei ein Skandal, daß jetzt in Deutschland Hunderttausende Gefangene gefüttert werden müßten und menschlich behandelt würden. Daß nach den bisherigen amtlichen Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“ auch mindestens 30 000 deutsche Soldaten in Gefangenschaft geraten sind und daß wir es als ganz selbstverständlich betrachten, daß diese Opfer des Krieges anständig verpflegt und behandelt werden — namentlich Frankreich kommt dabei in Betracht —, daran denken jene Kurzsichtigen nicht. Mit Recht ist dieser Tage dem Abscheu über die Auslassung eines französischen Blattes Ausdruck verliehen worden, das erklärt hatte, es wäre eine Schande, wenn Frankreich deutsche Soldaten als Gefangene ernähren müsse; die Deutschen müßten vielmehr totgeschlagen werden wie tollgekorbene Tiere. — Halten wir also an dem alten Spruch fest: Was Du nicht willst, daß man Dir tu', das füg' auch keinem andern zu.

Ein Musterbeispiel dafür, wie grundlos manche Schauer märchen sind, ist jenes geliefert worden. Der „Köln. Volksztg.“, dem führenden rheinischen Zentrumsblatt, war mitgeteilt worden, in einem Aachener Lazarett liege ein ganzer Saal voll Verwundeter, denen sämtlich in Belgien die Augen ausgestochen worden seien. Die Redaktion war vorsichtig genug, erst beim Stiftspropst Dr. Kaufmann in Aachen anzufragen, ehe es die angeblich „verlässliche“ Nachricht veröffentlichte. Dr. Kaufmann hat nun den Sachverhalt genau untersucht und vom Chefarzt des Lazarett die Auskunft erhalten, in keinem der Aachener Lazarette befinde sich ein Saal mit derart Verwundeten; seines Wissens sei überhaupt kein Fall in Aachen vorgekommen, daß einem Verwundeten die Augen ausgestochen worden seien. — Dann erzählt Dr. Kaufmann noch folgenden lehrreichen Fall: In einem der Aachener Lazarette liegt ein verwundeter Soldat, welcher erzählte, er sei mit dabei gewesen, als in Löwen die Mönche er-

schossen wurden, die in einem Keller deutsche Soldaten ermordet hatten. Als jedoch dem Soldaten auf den Kopf zugesagt wurde, er schwinde, denn die ganze Geschichte sei gar nicht wahr, weder hätten Mönche Deutsche ermordet, noch seien Mönche erschossen worden, da wurde der Soldat kleinlaut und gab ausweichende Antworten.

Nicht in Dutzenden, sondern in Hunderten von Fällen würde sich das gleiche Ergebnis herausstellen, wenn den Erzählungen auf den Grund gegangen würde. Schändliches ist geschehen. Daran ist leider nicht zu zweifeln. Aber es handelt sich nur um Einzelfälle. Und es liegt ein schweres Unrecht darin, ein ganzes Volk in seiner Gesamtheit wegen Greuelthaten verantwortlich zu machen, die vereinzelte begangen haben. Eine Anzahl barmherziger Schwestern aus Belgien oder Frankreich erklärte sich mit Namensunterschrift bereit, durch Eid kräftigen zu wollen, sie hätten mit eigenen Augen gesehen, wie in deutschen Lazaretten feindliche Gefangene schwersten Mißhandlungen ausgesetzt seien. Entweder sind diese barmherzigen Schwestern moralisch so entartet, daß sie sich in den Dienst einer Schufterei gestellt haben, nämlich der Schufterei, im Auslande die Meinung zu verbreiten, die Deutschen seien wirklich die Teufel, als die sie in der feindlichen Presse geschildert worden sind, oder diese Mädchen leiden in einem Maße an Selbstsuggestion, daß es unmöglich ist, eine Grenze zwischen ihr und ausgesprochenen Berrücktheit zu finden. Wahr ist das, was sie als wahr beschwören wollen, jedenfalls nicht. Dafür legt jeder von uns die Hand ins Feuer. Dürfen wir uns jedoch beschweren, daß im Auslande solche mit dem Siegel der Tatsächlichkeit versehenen Lügen geglaubt werden, wenn wir selbst so leichtfertig sind, allerlei Tollhänserphantasien für bare Münze zu nehmen?

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Kriegssterbetafel.

Im „Zimmerer“ wird eine Sterbetafel eingerichtet für die Kameraden, die auf dem Schlachtfelde den Tod fanden oder infolge der Verwundungen starben. Diese Bekanntgabe



erfolgt kostenlos. Alle Zahlstellen müssten hiervon Gebrauch machen und mitteilen, wer von den Kameraden bereits den Geldentod gefunden hat, und für die folgende Zeit müsste fortlaufend berichtet werden.

Die Anzeige müsste enthalten: außer dem Namen des Kameraden das Alter, ob ledig oder verheiratet, und die Angabe, ob der Tod auf dem östlichen oder westlichen Kriegsschauplatz oder im Lazarett erfolgte.

Beitragsleistung.

Table with 3 columns: Week, Contribution amount, and Status. Rows for weeks 11-17, 18-24, and 25-31.

Ausschluss von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen § 21 des Statuts wurde ausgeschlossen: in Hamburg Fr. Janitz (Verb.-Nr. 214 572).

Der Zentralvorstand.

Rassengeschäftliches.

Die Abrechnung für das dritte Quartal muß bis spätestens zum 15. Oktober bei der Hauptkassa eingelaufen sein. Mit dieser zusammen müssen auch die etwa noch in der Zahlstelle verbliebenen Quittungen über auf Rechnung der Hauptkasse im Laufe des dritten Quartals gemachte Ausgaben eingekauft werden.

Dann hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß die Unterstüzungen an die Familien der im Felde stehenden Mitglieder nicht mehr in der Abrechnung des dritten, sondern erst in der für das vierte Quartal zu verrechnen sind.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 30. September gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Aurich M. 80, Bautzen 150, Bergen a. Rügen 83, Berlin 68,80, Braunschweig 400, Bremen 2000, Bremerbörbe 60, Breslau 850, Bromberg 921,15, Bullenhausen 90, Burg b. Magdeb. 150, Bülow 30, Cammer 175,25, Cassel 200, Castrop 122,80, Celle 150, Chemnitz 300,25, Cossen 60, Cüstrin 300, Cuxhaven 300, Dahlen 14,70, Deutsch-Lissa 7,50, Döbeln 100, Domschau 36,25, Dresden 1700, Ebing 200, Elmshorn 150, Elsterwerda 40,50, Erfurt 300, Flensburg 400, Forst 40, Frankenthal 60, Friedland i. M. 57,60, Fulda 54,40, Gadebusch 100, Gelsenkirchen 100, Gentlin 55,10, Glogau 94,80, Gnoien 58,90, Goldberg i. M. 14,70, Gotha 300, Grimma 425, Guben 170, Gagenow 182,20, Hameln 100, Hasloch 40, Hermannsburg 30, Izbahoe 500, Kattowitz 350, Kempten 160, Königslutter 30, König 142,90, Köstlin 115, Landsberg a. d. W. 120, Langensalza 150, Lauban 99,75, Lauenburg a. d. E. 100, Lauf 60, Lausitz 15, Lehe 500, Leipzig 400, Leisnig 125, Liebenwerda 96,95, Lübeck 300, Luda 100, Lüneburg 125, Malchin 26,40, Marienburg 125, Marne 60, Mellendorf 11,87, Mirow 50, Mühlberg a. d. E. 177,80, Mülheim a. Rh. 100, Neubrandenburg 50, Neustadt i. M. 75,70, Norden 268,25, Nürnberg 400, Oberneufkirch 150, Obernitz 25, Oldenburg 450, Oschatz 150, Osterwieck 131,65, Peiterwitz 191,55, Penzig 30, Penzlin 87,45, Perleberg 60, Pöblig 60, Recklinghausen 40, Regenswalde 34, Reutlingen 46, Rheine 21,60, Ribnitz 23,60, Riesa 300, Riefenburg 11,70, Rodach 49,20, Roswein 100, Rostock 250, Röttha 100, Seehausen b. Wanzleben 113,65, Segeberg 280, Spandau 550, Schinow 54,70, Schleswig 50, Schwaan 200, Schwartau 170, Schweidnitz 100, Stade 200, Stettin 300, Stockelsdorf 40, Stolp 40, Stralsund 116,40, Tangermünde 50, Teterow 202,40, Thorn 102, Tondern 70, Treuen 100, Triebes 64,25, Trier 23,70, Ueckermünde 150, Uelzen 400, Welden 8,10, Werden 50, Wieß 121,65, Waldenburg i. S. 60, Wantendorf 50, Weimar 85, Weißwasser 58,90, Wilhelmshaven 150, Wismar a. d. N. 40, Wittenburg 45, Zahna 17,55, Zeitz 200, Zerbst 250, Zittau 125, Zwickau 350, Einzelzahler 206,50, Insuperate 1,30, für Beiträge an Hamburg durch W. Gooß 9,65, Zinsen 78 485, Postabonnem. für den "Zimmerer" 186,67.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützungen gingen ein: Aus Aachen M. 236,25, Achern 9, Ahrensburg 42, Alfen 10, Altrahlstedt 78, Annaberg-Buchholz 12, Bad Harzburg 56,25, Bad Orb 36, Bad Reichenhall 71,75, Barby 12,50, Barmen-Elberfeld 328,25, Bautzen 29, Bergedorf 227,75, Berlin 740, Bielefeld 4, Blankenburg i. Th. 55,50, Boizenburg 295,25, Bonn 14, Brandis 6, Braunschweig 32, Bremen 666, Breslau 57,75, Budow 24, Burg b. M. 73,50, Calbe 20, Camburg 54, Cassel 9, Castrop 24,50, Chemnitz 981,25, Clöße 25, Coburg 49,50, Colbitz 9, Cravimtel 138,75, Crefeld 70,25, Crimmitschau 290,50, Cüstrin 30, Darmstadt 108,50, Decenbach 52,50, Delmenhorst 81,50, Detmold 168, Döbeln 27, Dortmund 7,25, Duisburg 337, Düsseldorf 73, Elsterwerda 96, Emden 36,25, Effen 144,75, Eutin 61,25, Festsberg 21, Flottbek 147,50, Forchheim 6, Frankenberg i. S. 72, Frankenhäuser 113, Frankfurt a. M. 1556,50, Freiberg i. S. 31, Friedrichshagen 375,75, Fürstenwalde

57,75, Garstedt 105, Gelsenkirchen 64,50, Gera 87,75, Gießen 60,75, Glauchau 125,50, Gommern 18, Göttingen 113,75, Goslar 84, Gotha 99,75, Grabow 42, Greiz 65,50, Grünberg i. Schlefen 18, Gubrau 17,25, Hainichen 4,50, Halle 87,75, Hamburg 6825,25, Hameln 99, Hannover 476,50, Harfeld 9, Hasloh 18, Heilbronn 215,75, Helmsfeldt 18,50, Hennigsdorf 33,25, Heringen 21, Hermsdorf 49,75, Herne i. W. 35, Hildesheim 126,25, Hirschberg i. Schl. 101,25, Hohenmölsen 12, Jena 86,75, Jserlohn 91,50, Jzehoe 10, Kahla 21, Kallberge 52,50, Kattowitz 21, Kempten 56,25, Kiel 51,25, Kolberg 26,25, Königshütte 12, Königslutter 34,50, Königswusterhausen 12, Langelsheim 63, Langenbielau 97,50, Langensalza 150, Lauban 134,25, Lehe-Geestemünde 98,75, Lengsfeld 94,75, Loitz 7, Lörrach 84, Lübben-Steinfirchen 18, Lübeck 139,50, Lübs i. P. 9, Luda 29,25, Luedenwalde 103,75, Lüneburg 11, Lychen 10,50, Magdeburg 181, Mannheim 104,25, Meerane 56, Merseburg 33,50, Meuselbach 24,75, Mittweida 96,75, Mühlhausen i. Th. 9, Mühlhausen i. Gif. 421,50, Mülheim a. Rh. 16, München 112,50, M.-Glabach 167, Neife 20, Neugersdorf 185,50, Neufalen 10,50, Neumarkt 27, Neumünster 7, Neusalz 9, Nordhausen 127,50, Nürnberg 179,50, Ober-Neuerneufkirch 70,75, Oldenburg 58,50, Oldesloe 19,25, Oppeln 21, Osterwieck 18, Penig 27, Pinneberg 139,75, Plauen 182, Pöbneck 84,50, Preshch-Schmiedeberg 12, Querfurt 9, Raftenburg 103,25, Regensburg 71,25, Reichenau 61,25, Reichenbach i. V. 209,50, Reimbel 88, Reimscheid 5,25, Rheinsberg 15, Riesa 21, Roda 49, Rosenheim 9, Roswein 6, Rostock 23,75, Rothenburg a. d. O. 6, Saalfeld 110,75, Saarbücken 246,25, Seesen 32,25, Segeberg 48,75, Sonderburg 26,25, Sonneberg i. Th. 45, Spandau 18,25, Spremberg 234, Scheußitz 26,25, Schmölln 1, Schönebeck 10,50, Schopffheim 99, Schwartau 63, Schwarzenberg 87,75, Schweidnitz 48, Starnberg 42, Stodelsdorf 24, Stollberg 85,25, Stralsund 12,25, Strehlen 184,25, Tambach 107,25, Tangermünde 37,75, Thorn 88,50, Trebbin 6, Treuen 46,50, Ueterjen 87, Uslar 48, Waren 22,50, Warnemünde 19,50, Webel 141,25, Weimar 4,50, Weisenburg 12, Werda 26,25, Westerland 94,50, Wiesbaden 58,75, Wismar a. d. E. 111,50, Witten 80, Worms 5,25, Wurzen 65,75, Zahna 12, Zeitz 38,50, Zeulenroda 3,75, Ziegen 4,50, Zittau 217,50, Zwenkau 12, Zwickau 178,75, Zwönitz 18.

An diversen der Hauptkasse in Rechnung gestellten Ausgabebelegen gingen ein: Aus Berlin M. 10,05, Bremen 187, Breslau 501, Cassel 371,50, Cottbus 10, Cüstrin 41,90, Erfurt 69,40, Förste 52, Gotha 151,80, Karlsruhe 16,50, Roswig 3, Leipzig 85,80, Ludwigshafen 353,85, München-Glabach 133,20, Naugard 86, Rostock i. M. 12,96, Selb 62,28, Stettin 24.

Arbeitslosenunterstützungen

wurden im August nach den eingegangenen Quittungen ausbezahlt:

Table with 3 columns: Days, Rate, and Amount. Rows for 575, 1494, 1866, 1556, 2448, 4178, 4586 days at various rates.

Summa 16701 Tage ..... M. 25371,-

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau I (Ost- und Westpreußen).

In Ost- und Westpreußen hat unsere Organisation bekanntlich nur schwer Fuß fassen können. Wenn auch in den größeren Orten die Gründung von Zahlstellen mit einiger Mühe möglich war, so konnte das flache Land nur in zäher Arbeit erobert werden. Hierin hat sich besonders in den letzten Jahren ein Wandel zum Besseren vollzogen. Langsam haben auch in den kleinen Städten und auf den Dörfern unsere Kameraden die Notwendigkeit der Organisation erkannt, und so ist nach und nach eine ganz stattliche Zahl neuer Zahlstellen entstanden.

Vornehmlich aber waren unsere Kameraden an der russischen Grenze dem Organisationsgedanken zugänglich geworden. Die gute Arbeitsgelegenheit sowie die Erfolge unserer Berufsorganisation boten auch eine Garantie dafür, daß in diesem Jahre weitere Fortschritte eintreten würden. Unerwartet erfolgte jedoch die Mobilmachung, die unserer Tätigkeit ein jähes Ende bereitete. Singu kam der Einbruch der russischen Horden in Ostpreußen, deren Verwüstungen auch einen Teil unserer Arbeit vernichtete. Unsere Zahlstellen Soldau, Johannsburg, Lhd, Marggrabowo, Angerburg, Goldap, Insterburg, Gumbinnen, Stallupönen und Piffallen sind so gut wie aufgehoben. Eine Anzahl dieser Orte bildet heute einen Trümmerhaufen. Unsägliches Elend ist hier entstanden.

Ich habe viel Elend und Not kennen gelernt, aber was sich hier in Ostpreußen nach den Verwüstungen durch die Russen dem Auge bot, läßt sich nur schwer schildern. Hunderte von Wagen mit Flüchtlingen passierten die Landstraße. Zu Tausenden waren sie auf den Bahnhöfen, wo sie in den Tunneln übernachteten. Herzzerrend war der Jammer der Frauen und Kinder. Viele Familien haben kaum das nackte Leben gerettet. Ein Erlebnis werde ich nie vergessen. Als ich mich eines Tages auf den Bahnhof in Ebing begab, wurde mir aus vorbeiziehenden Trupps von Männern, die sich zu ihren Bezirkskommandos begaben, zugerufen: "Zinsel, lehre um, es ist alles verloren." Es waren Kameraden aus Memel, Gumbinnen und Raftenburg. Eine kurze Begrüßung, ein Händedruck, ein letztes Lebewohl und ich ging dem Bahnhof zu. Hier bot sich in Wirklichkeit ein Bild des Jammers. Tausende von Flüchtlingen nahmen den großen Platz vor dem Bahnhof ein. Hier traf ich einen Kameraden mit neun Familienangehörigen, der aus Raftenburg geflohen war und dem ich nun helfend beizuhelfen konnte, obwohl Ebing schon von Flüchtlingen überfüllt war. Daß auch jede Verbindung unterbrochen war, braucht wohl kaum besonders gesagt zu werden.

Nachdem inzwischen Ostpreußen von den Russen geäubert ist, läßt sich die Situation allmählich übersehen.

In den genannten Orten ist an eine regelrechte Tätigkeit augenblicklich noch nicht zu denken. Unsere Zilsiter Kameraden haben sich aber schon gemeldet, die übrigen samie die aus Memel noch nicht.

Es ist natürlich unmöglich, hier alle Schandthaten der Russen aufzuzählen, nur soweit unsere Zahlstellen davon betroffen wurden, mögen einige Erwähnung finden. Das schöne Städtchen Soldau gleicht zum größten Teil einem Schutthaufen. Hohenstein und seine Umgebung bieten das gleiche Bild. Hier hat sich die große Schlacht abgespielt. Von Ortelsburg steht nur noch die Straße, die nach dem Bahnhof führt. In Johannsburg sieht es nicht besser aus und Marggrabowo ist vollständig vernichtet. Auch Goldap und Darfshagen haben schwer gelitten. Der sonst so belebte Bahnhof Korfchen ist verschwunden. Gerdaun hat stark gelitten. Mit Insterburg, Gumbinnen und Stallupönen geht es noch einigermaßen. Hingegen ist Ghdtkuhnen fast vollständig vernichtet. Piffallen ist ebenfalls fast vollständig dahin. Lilit und Umgehend ist von der Verwüstung ziemlich verschont geblieben, nur auf der Flucht versuchten die Russen hier ihr Zerstörungswerk, was ihnen aber nicht gelungen ist. Ebenso haben die Russen in Angerburg, Tappau, Wehlau usw. böse gehaust.

Recht unliebsam haben sich gleich nach der Mobilmachung die plötzlich in die Höhe schnellenden Lebensmittelpreise in Arbeiterkreisen bemerkbar gemacht. Salz war fast gar nicht zu bekommen, und wo noch was verkauft wurde, da forderte man für das Pfund Salz 50 s. Die Brot- und Mehlpreise waren überhaupt nicht aufzubringen. Ein Brot, das sonst M 1 kostete und neun bis neunenehalb Pfund schwer war, ging im Gewicht auf sechs Pfund herunter, der Preis blieb M 1. Weißbrot war überhaupt nicht zu bekommen. Ebenso nahmen die Preise für Fleisch, Butter usw. eine unerhörliche Höhe an, bis sich endlich die Militärverwaltung ins Mittel legte und Höchstpreise für sämtliche Lebensmittel festsetzte. Dadurch wurde die Not, soweit sie durch diesen Zustand heraufbeschworen war, zum Teil gelindert.

Ueber die Arbeitsverhältnisse soll in einem späteren Bericht geschrieben werden; es sei nur noch bemerkt, daß in den ersten 14 Tagen der Mobilmachung die Arbeitslosigkeit eine allgemeine war. Nur die durch die Militärbehörde requirierten Zimmerer blieben von Arbeitslosigkeit verschont.

Ebing, den 24. September 1914. K. Zinsel.

Berichte aus den Zahlstellen.

Heilbronn. Am 20. September fand unsere Mitgliederversammlung im Lokale „Zur neuen Welt“ statt; sie erfreute sich eines guten Besuches. Da der erste Vorsitzende zum Militär eingezogen ist, muß der zweite Vorsitzende an seine Stelle treten. Er besprach in längerer Ausführungen die gegenwärtige Situation. Vor allem verlangte er in dieser schweren Zeit Verbandsstreue. Im Anfang der Mobilmachung glaubte ein Teil der Mitglieder, der Beitragspflicht entzogen zu sein; aber durch kräftiges Einschreiten des Vorstandes sahen es die Kameraden bald selbst ein, daß es jetzt gerade Pflicht der nicht Einberufenen sei, für die Erhaltung des Verbandes Sorge zu tragen. Auch sollen die, welche dem Verbands noch fernstehen, ihn zugeführt werden; denn die Organisationsarbeit muß gestützt werden. Unsere Kameraden, die draußen im Felde ihre Pflicht erfüllen, haben ein Recht, zu fordern, daß auch ihre wirtschaftlichen Interessen gewahrt bleiben; darum muß jeder für das weitere Bestehen und die Erhaltung des Verbandes sorgen. Ueber die Auszahlung der Unterstützung an die Familien der zum Militär Eingezogenen gab es eine Debatte. Da die Unterstützung, welche von der Zentralkasse geleistet wird, eine geringe ist, wurde ein Beschluß gefaßt, wonach eine einmalige Unterstützung von M 1 pro Kind aus der Lokalkasse bezahlt wird. In „Geschäftliches“ wurde bekanntgegeben, daß, falls der Kassierer zum Militär einberufen wird, der Posten von G. Kircher, Weibertstraße, in Vertretung übergeben wird. Da im Bezirke Weinsberg der Bezirkskassierer auch zur Fahne einberufen wurde und sich dort keiner zu diesem Posten hergeben wollte, mußte einer von dem Vorstand beauftragt werden, dort die Sachen zu regeln. Ferner wurden die Bezirkskassierer ermahnt, fleißig zu arbeiten, damit die Mitglieder ihren Pflichten nachkommen. Mit der Aufforderung des Vorstehenden, dem Verbands treu zu bleiben, erfolgte Schluß der Versammlung.

München. Am Mittwoch, 30. September, fand im Saale des Gewerkschaftshauses unsere Mitgliederversammlung statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Maßnahmen unseres Verbandes infolge des Krieges“ referierte der Gauleiter Kamerad Kemmer. Nachdem er die einzelnen Punkte der Kriegsmassnahmen, die unsere Zentralinstanzen beschlossen haben und die im „Zimmerer“ Nr. 37 abgedruckt sind, erläutert hatte, legte er in seinem Resümee dar, daß es die Hauptaufgabe der Zentralinstanzen war, den Verband durch diese schwere Krisis intakt zu halten. Und daß nach Beendigung des Krieges derselbe als der einzige wirtschaftliche Schutz seiner Mitglieder noch über soviel Wachtmittel verfügt, die in langer Zeit unter großen Opfern errungene Position in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten und etwaige beabsichtigte Verschlechterungen derselben zurückweisen zu können. Von diesem Gesichtspunkte aus seien die Kriegsmassnahmen beschlossen worden. Die Agitationsleitung der Zahlstelle hatte sich in einer vorher stattgefundenen Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob seitens der Lokalkasse besondere Kriegsmassnahmen für die Münchner Mitglieder eingeführt werden sollten. Die dort gefaßten Beschlüsse lagen der heutigen Versammlung zur Beschlußfassung vor. Kamerad Kemmer referierte auch über diesen Punkt. Nach eingehender Diskussion wurden unten folgende Beschlüsse gefaßt. Des weiteren befahle sich die Versammlung mit der Frage der Arbeitslosigkeit am Orte. Folgende Resolution wurde angenommen: „In Anbetracht der großen Zahl von Arbeitslosen im Bauergewerbe und in der Erwägung, daß diese Zahl eher zu abnimmt, erscheint es dringend notwendig, um mehr Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, daß sofort die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden herabgesetzt wird,



mit der Maßgabe, daß von früh 7 1/2 Uhr bis nachmittags 2 Uhr mit Unterbrechung einer halbtägigen Brotzeit durchgearbeitet wird. Die Vorstandschaft wird beauftragt, diese Beschlüsse in Verbindung mit dem Arbeitgeberverband durchzuführen.

Kriegsmaßnahmen der Zahlstelle München.

1. Für ausgesteuerte und für noch nicht bezugsberechtigte Arbeitslose wird, wenn dieselben nicht mehr als drei Tage in der Woche beschäftigt waren, der Beitrag aus der Lokalkasse bezahlt.

2. An solche ausgesteuerte Arbeitslose, welche auch mit der Notunterstützung der Hauptkasse ausgesteuert sind, wird (als Mietzuschuß) die Notunterstützung in der gleichen Höhe zunächst auf vier Wochen aus der Lokalkasse bezahlt.

3. Die bisher gezahlte Lokalunterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer kann nicht mehr gewährt werden, weil den aus dem Kriege zurückkommenden Mitgliedern auch die vorstehenden Unterstützungen gewährt werden sollen.

4. Die in Arbeit stehenden Mitglieder zahlen, wenn sie sechs Tage pro Woche im Berufe — nach der tariflichen Arbeitszeit — beschäftigt waren, 50 % Lokalextrabeitrag die Woche.

Ausführungsbestimmungen.

Wer vorstehende Unterstützungen beansprucht, muß seine Beiträge in Ordnung haben. Rückständige Beiträge werden abgezogen.

Wer unwahre Angaben über seine Beschäftigung macht, ist von jedem weiteren Unterstützungsbezug ausgeschlossen. Die vorstehenden Maßnahmen treten mit dem 28. September 1914 in Kraft.

Die arbeitslosen Mitglieder, denen der Beitrag aus der Lokalkasse bezahlt wird, und diejenigen, die die zentrale oder lokale Notunterstützung beziehen, haben sich mindestens einmal in der Woche zur Kontrolle zu melden. Mitglieder vom Vorort, wo die Unterstützung an den Kassierer gesandt wird, müssen Dienstags und Freitags zur Kontrolle.

Die Auszahlung der Notunterstützung erfolgt Freitags. Die Arbeitslosenmarken werden nur im Zahlstellenbureau verabfolgt.

Die Mitglieder, welche die zentrale Arbeitslosenunterstützung beziehen, haben sich in ihrem zuständigen Bezirk täglich zur Kontrolle zu melden. Sie beziehen die um zwei Fünftel gekürzte Arbeitslosenunterstützung nach den Bestimmungen des Arbeitslosenunterstützungsreglements.

Die Auszahlung der zentralen Arbeitslosenunterstützung erfolgt Sonnabends.

Spandau. Am 20. September fand unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Wie stellen wir uns zu dem Beschluß des Hauptvorstandes betreffs Kürzung der Arbeitslosenunterstützung?“ Von mehreren Kameraden wurde die Kürzung der Unterstützung als ungerecht bezeichnet. Es wurde der Vorschlag gemacht, die zwei Fünftel aus der Lokalkasse zuzusteuern. Wenn dann noch die Unterstützung der Ausgesteuerten verdoppelt würde, so mache das bei einer Arbeitslosigkeit doppelt so groß wie im vorigen Jahre eine Ausgabe von M. 1500. Der zweite Punkt betraf die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die M. 8, welche der Hauptvorstand bewilligt habe, einen sehr geringen Beitrag darstellten; deshalb wurde vorgeschlagen, aus der Lokalkasse für September M. 10, für Oktober M. 8 von der Hauptkasse und für November wieder M. 10 aus der Lokalkasse zu bewilligen, was eine Ausgabe von M. 700 ausmacht. Durch das Erscheinen des Kameraden Knüpfer wurden die Vorschläge vorläufig zurückgestellt. Kamerad Knüpfer hielt uns einen längeren Vortrag, worin er darlegte, daß es notwendig war, die Arbeitslosenunterstützung zu kürzen und die Unterstützung an die Familien so niedrig zu bemessen. Da die Versammlung nur mäßig besucht war, wurde nur die erste Rate an die Familien bewilligt. Alles andere wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Wernigerode. Am 19. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des auf dem Schlachtfelde gefallenen Kameraden R. Duhme ehrte. Der Vorsitzende widmete dem Gefallenen einen kurzen Nachruf. Die Versammlung befaßte sich dann mit der Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung. Von mehreren Rednern wurde ausgeführt, daß sie die Beschlüsse der Zentralinstanzen als ungerecht ansähen, wir uns daher mit ihnen nicht einverstanden erklären könnten. Der Vorsitzende teilte mit, daß auf einem Pläze eine Sammlung vorgenommen worden sei und fragte an, wie sich die andern Pläze dazu stellten. Hierzu wurde angeregt, eine allgemeine Sammlung auf den Plätzen zu veranstalten und deren Ertrag den Familien der im Felde stehenden Mitglieder zuzuführen. Diese Anregung wurde mit Beifall aufgenommen. Da der verstorbene Kamerad Duhme auf einen Kranz Anspruch hat, ihm diese Ehrung aber nicht erwiesen werden kann, wurde beschlossen, den Angehörigen hierfür einen Betrag von M. 5 zu überweisen.

Sterbefasel.

Wilhelmshaven. Am 10. September starb in Feindesland unser Kamerad Heinrich Schmidt den Tod fürs Vaterland.

Baugewerbliches.

Ueber das Baugewerbe im Maingau wird der „Frankfurter Zeitung“ von sachmännischer Seite geschrieben: „Im Baugewerbe machen sich die Wirkungen der Kriegslage verschiedn bemerkbar, je nach dem Charakter der einzelnen Geschäfte. Speziell hier in Frankfurt wurden die Arbeiten an Bauten von Bauunternehmern, welche für eigene Rechnung bauen, alsbald nach der Mobilmachung eingestellt. Bauarbeiten, welche für fremde Rech-

nung getätigt werden, sind nicht oder nur vorübergehend eingestellt worden und werden jetzt weitergeführt, sofern die Bauherren zahlungsfähig sind. Das ist der Fall bei Staatsbauten, städtischen Bauten und Bauten für kapitalfräftige Gesellschaften und Private. Man forciert die Arbeiten nicht, aber man führt sie weiter. Durch die Einberufung von Inhabern von Baugeschäften, von Ingenieuren, Architekten, Technikern sind manche Lücken entstanden, die einerseits nicht ohne weiteres durch das zurückgebliebene Personal ausgefüllt werden können, andererseits wegen der Einschränkung der Betriebe gar nicht ausgefüllt zu werden brauchen. Man ist auch abhängig von der Zufuhr der Materialien, die zeitweise stockte, weil der Güterverkehr unterbrochen war, von dem Mangel an Pferden und andern Transportmitteln, und weil die vorhandenen Bestände allmählich aufgebraucht wurden. In neuerer Zeit beginnt die Materialienanfuhr allmählich wieder regelmäßiger zu werden, indessen ist immer noch nicht mit bestimmten Lieferfristen und mit der Lieferung größerer Mengen zu rechnen. Der Zementbezug ist erschwert, weil der Transport oftmals in nicht gedeckten Güterwagen erfolgt; dadurch werden die Ladungen teilweise durch die Risse beschädigt. Von den Kalkwerken hat anscheinend ein größerer Teil den Betrieb eingestellt, indessen hat sich bisher ein fühlbarer Mangel an Kalk für Bauzwecke nicht gezeigt. Moniereisen und ähnliche Baumstoffe sind in direktem Bezuge schwer zu beschaffen, weil ein größerer Teil der Hütten, besonders in Lothringen, den Betrieb eingestellt hat. Für Werksteine aus dem Maintal und dergleichen Gebieten war es möglich, obgleich erschwert und mit Fristüberschreitung und höheren Kosten, auf dem Wasserwege Lieferungen heranzubekommen. In Bauhölzern und Brettern dürfte der gegenwärtige verhältnismäßig geringe Bedarf aus vorhandenen Lagern gedeckt werden können. Da die Lieferungen von auswärtig, insbesondere aus dem Schwarzwald und dem bayerischen Wald, zurzeit noch kaum möglich sind, so haben die Preise eine Steigerung erfahren. Im allgemeinen beobachtet man im hiesigen Baugewerbe eine abwartende Haltung. Es ist aber dringend zu wünschen, daß die Auftraggeber, insbesondere die Behörden und die Stadt, für neue Arbeitsgelegenheiten sorgen, damit die Weiterbeschäftigung der noch vorhandenen Handwerker und Arbeiter, wenn auch in beschränktem Umfang, gewährleistet wird.“ — Eine auswärtige Baufirma schreibt über den gleichen Gegenstand: „Ueber die allgemeine Lage unseres Geschäftszweiges ist heute nicht viel zu sagen. Die Bautätigkeit stockt, insofern es sich um neue Unternehmen, sowohl von öffentlichen als auch Privatbauten handelt. Dies gilt sowohl für das allgemeine, als auch das Ingenieurbauwesen. Die vorhandene Tätigkeit der Baufirmen erstreckt sich wohl zum Teil noch auf die Fertigstellung und Erfüllung laufender Aufträge, besonders insofern Staatsbauten in Betracht kommen, auf deren Weiterführung die Regierung in besonderem Maße Wert legt. Diese Beschäftigungsdauer wird aber nicht von allzulanger Dauer sein und kaum auf die Allgemeinheit der Unternehmer zutreffen. Unter diesen Umständen lassen sich naturgemäß hinsichtlich der mutmaßlichen weiteren Gestaltung unseres Betriebszweiges keinerlei Rückschlüsse ziehen, zumal, wie schon bemerkt, neue Ausschreibungen von Bauarbeiten kaum erfolgen. Man kann nur wünschen, daß besonders die Staats- und Gemeindebehörden es bei diesem Zustande nicht allzulange belassen; nicht nur der unbeschäftigten Unternehmerkreise wegen, sondern im Hinblick auf die drohende Gefahr entsetzender Arbeitslosigkeit der noch reichlich vorhandenen Hilfskräfte, welche in Aussicht steht. Arbeitsgelegenheit tut also dem Unternehmerstande in erster Linie not.“

Literarisches.

Heft 1 der „Neuen Zeit“ vom 2. Oktober, mit dem der 33. Jahrgang 1. Band beginnt, hat folgenden Inhalt: Die Sozialdemokratie im Kriege. Von Karl Rautsky. — Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870. Von Franz Wehring. — Die Internationale und der Burgfrieden. Von Karl Rautsky. — Einige ungedruckte Briefe Lassalles an Marx. Von Eduard Bernstein. — Krieg und Presse. Von Ernst Däumig. — Feuilleton: Das Unterseeboot. Von Richard Woldt. — Anzeige: Das Recht während des Krieges.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 21. Nummer des 31. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 S. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 1 des 25. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 S., unter Kreuzband 85 S. Jahresabonnement M. 2,60.

Im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: Kolonialpolitik und Sozialdemokratie von Gustav Noke. 232 Seiten Oktav. Preis broschiert M. 1,50, gebunden M. 2.

Der Verfasser spricht sich über seine Arbeit unter andern wie folgt aus: Für die deutschen politischen Verhältnisse ist die Kolonialpolitik von weittragender Bedeutung gewesen. Die Meinungen über ihre Notwendigkeit, die zu erwartenden Resultate und vor allem über die Art ihrer Gestaltung gehen noch immer sehr weit auseinander. Die Anschauungen über wichtige kolonialpolitische Probleme haben sich im Laufe der Jahre stark geändert, und nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in Arbeiterkreisen. Mir wurde nahegelegt, eine Abhandlung über die bisherige Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zur Kolonialpolitik zu schreiben. Dem bin ich durch die vorliegende Arbeit nachgekommen. In einer sehr knapp bemessenen Zeit habe ich nur flizzieren wollen und können,

wie sich die Sozialdemokratie und ihre parlamentarische Vertretung zu den kolonialpolitischen Fragen gestellt hat. Daß diese Schilderung bei der großen Fülle der Probleme nicht erschöpfend sein und sich nicht auf alle Details erstrecken konnte, ist selbstverständlich. Ich habe mich aber bemüht, die mir gestellte Aufgabe in objektiver Weise zu erfüllen.

Die Sozialdemokratie hat sich nie darauf beschränkt, Mißstände und Ausschreitungen in den Kolonien zu brandmarken und die Eingeborenen gegen Unterdrückung und Verraubung zu verteidigen; sie hat mit allem Ernst an der Lösung umfangreicher kultureller Aufgaben in den Kolonien gearbeitet und wird das auch in Zukunft tun, allerdings nicht im Interesse des Kapitalismus, sondern im Sinne des Sozialismus.

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 18. Oktober:

Spandau: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Emil Köpnick, Pichelsdorfer Straße 39.

Anzeigen.

Todesanzeige.

Am 7. September starb, von einer feindlichen Kugel getroffen, unser Kamerad und langjährig fremdgeschriebener Zimmergeselle

Marine-Infanterist Georg Dietrich

im Alter von 25 Jahren. [M. 3,90]

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Zahlstelle Gross-Zimmern.

Nachruf.

Im September starb unser Mitglied

Friedrich Weiss

aus Hohenheim im Alter von 27 Jahren als Reservist im Dienste des Vaterlandes.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [M. 3,90]

Die Kameraden der Zahlstelle Mannheim und Umgegend.

Nachruf.

Den Heldentod fürs Vaterland starb am 23. August auf dem Schlachtfelde im Westen unser treues Mitglied

Karl Diederich

Reservist im 4. Garderegiment zu Fuß im Alter von 26 Jahren. [M. 4,50]

Er war uns allen ein guter Kamerad.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kameraden der Zahlstelle Fürstenwalde und Umgegend.

Nachruf.

Am 26. August starb auf dem Schlachtfelde in Frankreich der Kamerad

Franz Grosshans

aus Gröbzig. [M. 3,60]

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kameraden der Zahlstelle Bernburg.

Nachruf.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde im Westen fand am 30. August unser Mitglied

Karl Schreiber

Kanonier im 2. Garde-Feldartillerie-Regiment.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [M. 3,30]

Die Kameraden der Zahlstelle Nowawes.

[M. 3,60]

Todesanzeige.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde im Westen fand am 20. September unser treues Mitglied

Robert Weiss

Unteroffizier der Res. im Res.-Inf.-Reg. Nr. 173.

Ehre seinem Andenken!

Die Kameraden der Zahlstelle Witten a. d. R.